

Führer bestand darin, die wachsenden Bestrebungen der Sozialdemokraten in den damaligen westlichen Besetzungszonen Deutschlands nach Herstellung der politischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse zu unterstützen, die revanchistischen Ziele der imperialistischen Kräfte, die im zweiten Weltkrieg eine schwere Niederlage erlitten hatten, zu unterstützen (Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze) und die Partei in den bürgerlichen Staat zu integrieren. Diese Konzeption war antikommunistisch, nationalistisch, revanchistisch, kleinbürgerlich-reformistisch; sie begünstigte die geschwächte deutsche Monopolbourgeoisie. Von der Gründung an wirkten in der Partei zwei Grundrichtungen: Die eine, von der Mehrheit der Mitglieder repräsentiert, versucht die traditionelle reformistische Linie der Sozialdemokratie (-> *Reformismus*) beizubehalten. Der Schwerpunkt ihres Wirkens liegt in den Gewerkschaften. Auf dem Boden des bürgerlich-parlamentarischen Systems treten ihre Vertreter für erweiterte Mitbestimmung der Arbeiter und für die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie ein. Die andere Richtung, deren Träger die rechten sozialdemokratischen Führer sind, drängte auf eine weitgehende Anpassung an die Politik und Taktik der Monopolbourgeoisie und auf eine Abkehr der Partei vom traditionellen Reformismus. Bestrebungen, die Partei in diesem Sinne zu „reformieren“, konnten auf den Parteitag in Hamburg (1950) und in Westberlin (1954) noch zurückgewiesen werden. Die Mehrheit der Mitglieder bekannte sich zu Beschlüssen, in denen sich die Partei gegen die Remilitarisierung, für die Beteiligung an der Bewegung gegen die Atomrüstung der Bundeswehr, für die

Anerkennung bestimmter Realitäten in Deutschland (Deutschlandplan vom 19. 3. 1959) aussprach. Begünstigt durch die relativ kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung, durch strukturelle Veränderungen in der sozialdemokratischen Mitgliedschaft, durch Ausbreitung der bürgerlichen Ideologie sowie andere Faktoren, gewann die proimperialistische Richtung an Boden. Der Parteitag in Bad Godesberg (1959) nahm ein neues Grundsatzprogramm an. Darin wurde der offene Übergang der Parteiführung auf die Position des westdeutschen Imperialismus programmatisch und ideologisch begründet. Der Kernsatz des Programms lautet: „Regierung und Opposition haben verschiedene Aufgaben von gleichem Rang; beide tragen Verantwortung für den Staat.“ Auf der Grundlage dieses Programms proklamierten die rechten Führer der Partei die „Politik der Gemeinsamkeit“ mit der westdeutschen Monopolbourgeoisie und der Bundesregierung. Sie unterstützten die imperialistischen Bestrebungen nach Abbau der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, die revanchistische Außenpolitik und die Forderungen des westdeutschen Imperialismus nach Verfügungsgewalt über Kernwaffen. Entgegen den Forderungen vieler Mitglieder der Partei nach Verständigung mit der Arbeiterklasse der DDR lehnten sie den Dialog mit der SED ab und beteiligten sich durch ihren Eintritt in die westdeutsche Bundesregierung (1966) aktiv am staatsmonopolistischen Formierungsprozeß zur Lösung der imperialistischen Widersprüche im Interesse des westdeutschen Finanzkapitals. Ohne den Übergang der sozialdemokratischen Minister auf die